

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

28.1.1868 (No. 23)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 28. Januar.

N. 23.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

Amlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 22. d. Mts. wird dem Major im Generalstab August Schneider die unterthänigste nachgesuchte Erlaubniß, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Kronen-Orden 4r Klasse anzunehmen und tragen zu dürfen, ertheilt, und unterm 23. d. Mts. Oberwachmeister Karl Schäfer der Unteroffiziersgarbe zum Leutnant im Javalbentorps ernannt.

Nicht-Amlicher Theil.

Telegramm.

Paris, 27. Jan. Der „Moniteur“ enthält den Finanzbericht Magne's. Die schwedende Schuld — heißt es darin — betrage 936 1/2 Millionen; Anvorhergehendes habe den Budgetanschlag für 1867 umgestoßen; der Anfall in den Verbrauchsausgaben betrage 26 Millionen. Die Ereignisse von Anfang 1867 zwangen die Regierung des Kaisers, Vorsichtsmaßregeln zu treffen und die Heeresorganisation zu beschleunigen. 189 Millionen seien erforderlich zur Liquidation der Angelegenheiten von 1867; die öffentlichen Arbeiten, die Waffenumwandlung, die Festungsbauten und die Marineausgaben erfordern 440 Millionen durch Anlehen. Der Kapitalüberschuß sichere den Erfolg der Kreditoperation. Die Angelegenheit der mexicanischen Gläubiger sei vom Staatsrath zu prüfen. Der Bericht schließt: Dies sei die genaue und nicht übertriebene Darlegung; dem Patriotismus des Landes müsse man nothwendige Opfer auferlegen, das Land gewinne dafür die Garantie des Friedens, aus der Stärke hervorgehend; ein solcher Friede sei ruhig und gesichert und beruhe auf dem Einvernehmen und der Achtung, wie die Wünsche und Anstrengungen des Kaisers ihn verfolgten. Von den 187 Millionen Militärausgaben sagt Magne: Frankreich dürfe nicht auf halbem Wege stehen und hinter andere Nationen zurückbleiben, sonst sei das Gleichgewicht gestört. Die 187 Millionen seien nicht ganz ausreichend, wiewohl für das Wesentlichste genug; das Uebrige könne durch gewöhnliche Hilfsquellen bestritten werden.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. Jan. K. K. H. der Großherzog und die Frau Großherzogin, Sr. Großh. Hoh. der Prinz Wilhelm und Ihre Kaiserl. Hoh. die Prinzessin Wilhelm, Sr. Großh. Hoh. der Prinz Karl, Ihre Großh. Hoh. die Fürstin von Leiningen, geb. Prinzessin Marie von Baden, Sr. Durchl. der Fürst von Hohenlohe-Langenburg und Ihre Großh. Hoh. die Fürstin von Hohenlohe-Langenburg, geb. Prinzessin Leopoldine von Baden, haben sich heute mit zahlreichem Gefolge nach Mannheim begeben, um dort einer Reitproduktion der Offiziere des (1.) Leib-Dragoonenregiments anzuwohnen und werden heute Abend wieder hierher zurückkehren.

Karlsruhe, 27. Jan. Der landwirthsch. Unterricht Badens ist in einem erfreulichen Aufschwung begriffen. In diesem Winter sind 7 landwirthsch. Winterschulen in Thätigkeit. 139 Schüler genießen Unterricht in Landwirthschaft, in den Naturwissenschaften und in Realien. Die Schule in Karlsruhe mit 7 Schülern ist eine reine Staatsanstalt und steht mit der landwirthsch. Gartenbauschule in Verbindung. Die landwirthsch. Winterschule in Bühl wird gemeinschaftlich von der Stadtgemeinde und der bekannten Maria-Viktoria-Stiftung unterhalten und zählt 16 Schüler. Die Kosten der landwirthsch. Winterschulen in Heidelberg, Mühlheim und Meßkirch werden gemeinschaftlich vom Staat und den Stadtgemeinden bestritten. Die Zahl der Schüler ist 16, 18 und 13. Die landwirthsch. Kreiswinterschulen zu Offenburg und Buchen, deren Unterhaltungskosten in überwiegendem Maß der Staat trägt und wozu die Gemeinden und der Kreis beisteuern, werden von 19 bezw. von 50 Schülern benutzt.

Erstmals wird in diesem Jahr Unterricht ertheilt in Meßkirch, Mühlheim, Offenburg und Buchen. Nachdem 2 Schüler wieder ausgetreten sind, beträgt deren Gesamtzahl nunmehr 137. Davon sind 131 Badener, 6 sind Württemberger. Dem Alter nach vertheilen sich die Schüler, wie folgt: 13jährige 25, 16jährige 32, 17jährige 32, 18jährige 12, 19jährige 11, 20jährige 3, 21jährige 3, 22jährige 8, 23jährige 5, 24jährige 4, über 24 Jahre alt 2. Die beiden letzteren sind selbständige Landwirthe; der älteste Schüler zählt 32 Jahre. Am meisten Personen reiferen Alters befinden sich in den Schulen zu Buchen und Karlsruhe, die wenigsten in der Bühler, Meßkircher und Offenburger Schule.

Die 131 Inländer entstammen 34 Bezirksämtern. Die höchste Schülerzahl stellt das Amt Buchen mit 16 Schülern; es folgen die Ämter Mühlheim, Offenburg, Bühl mit je 10;

Mosbach und Sinsheim mit je 8; Schwellingen und Meßkirch mit je 7; Tauberbischofsheim mit 6; Adelsheim mit 5; Mannheim und Herrach je mit 4; Engenbach, Eppingen, Neberlingen, Bonndorf je mit 3; Karlsruhe, Korf, Breisach, Schoppheim, Oberkirch, Waldmühlbach mit 2; Bruchsal, Achern, Neustadt, Heidelberg, Baden, Donaueschingen, Bah, Borberg, Durlach, Eberbach, Ettlingen, Wertheim je mit 1 Schüler. Böllig unberührt blieben die landwirthsch. Winterschulen von den Angehörigen der Bezirke Bretten, Konstanz, Emmendingen, Engen, Ettenheim, Freiburg, Gernsbach, Jestetten, Keuzingen, Pforzheim, Pullendorf, Radeßjell, Rastatt, Säckingen, St. Blasien, Schönau, Staufen, Stockach, Eriberg, Willingen, Waldbach, Waldshut, Weinheim, Wiesloch, Wolfach.

Die Betheiligung der einzelnen Kreise an der Benützung der landwirthsch. Winterschulen gestaltet sich folgendermaßen. Es stellte der Kreis Mosbach 40 Schüler, Offenburg 18 Sch., Herrach 16 Sch., Baden und Heidelberg je 12 Sch., Mannheim 11 Sch., Konstanz 10 Sch., Karlsruhe 5 Sch., Waldshut und Freiburg je 3 Sch., Willingen 1 Sch. Während die Väter der landwirthsch. Schüler der weitaus überwiegenden Zahl noch Landwirthe sind, namentlich in Buchen und Meßkirch, gehört in den Schulen von Bühl und Offenburg mehr als die Hälfte derselben anderen Gewerben an.

Die landwirthsch. Gartenbauschule hier hat 18 Jünglinge, welche zwei Jahre bleiben, und 4 ständige Arbeiter, welche im praktischen Betrieb geschult werden und meistens nur kürzere Zeit in der Anstalt verweilen. Die neuereitenden Schüler empfangen fünfjährig, und vom 1. Oktob. vorigen Jahres beginnend, zuerst Unterricht im Gartenbau. Dagegen im zweiten Winter erst Unterricht in Landwirthschaft und Thierzucht. Es ist ferner erstmals in diesem Winter die Einrichtung getroffen worden, daß dieser Unterricht im Gartenbau in Verbindung mit dem Unterricht in Naturwissenschaften und Realien von jungen Gärtnern, welche nicht Jöglinge der Anstalt sind, genossen werden kann. An diesem neu eingerichteten gärtnerischen Winterkurs nehmen 3 Schüler Theil.

Die Wiesenbauschule zählt dieses Jahr 32 Schüler. Auch bei dieser Anstalt ist der Winterunterricht eingeführt. Ahermals erfuhr er diesmal mehrfache Verbesserungen. Mit Hinzurechnung der Obstbauschüler (22) und des Obstbau-Kurses für Lehrer u. s. w. (17), ferne der Hufbeschlag-Schüler werden jährlich gegen 240 Schüler in den verschiedenen Zweigen der Landwirthschaft durch vom Staat angestellte Lehrer unterrichtet, wobei der höhere landwirthsch. Unterricht am Großh. Polytechnicum nicht berücksichtigt ist.

Stuttgart, 26. Jan. Sitzung der Zweiten Kammer vom 25. Jan.

Der Abgeordnetentag ist es gestern mit Hilfe von zwei Sitzungen gelungen, das Wehrgesetz vollends durchzubereiten, ohne daß sich dabei noch besonders hervorragende Momente ergeben hätten. Die Abschnitte, die noch zu erledigen waren, bezogen sich auf die Geschäftsbehandlung beim Losziehen und der Musterung, auf die Aushebung und die Bildung der Bezirksteilungente, auf den Uebertritt in die Kriegsdienstverweigerung und in die Landwehr, auf die Unterfertigung dritter Familien der Kriegsdienstverweigerung, Landwehrmänner und Ersatzreserveisten im Fall einer Mobilmachung, auf die Abziehbertheilung, das Verhältnis in Kriegzeiten, und endlich auf die Vergehen in Abficht auf gegenwärtiges Gesez und deren Folgen, sowie auf das Reisen und Auswandern junger Männer vor erfüllter Kriegsdienstpflicht. Alle diese Bestimmungen wurden nach dem Entwurf und den Kommissionsanträgen fast ohne alle Debatte angenommen und nur da abgeändert, wo es durch frühere Beschlüsse bedingt war. Nach beendigter Beratung kam der ritterchaftliche Abgeordnete Frhr. v. Rönig auf die unentschieden gebliebene Präsenzdauer zurück und stellte den Antrag, die Frage nochmals an die Militärkommission zur neuen Berichterstattung zurückzugeben, da es offenbar nicht in der Absicht der Mehrheit des Hauses gelegen habe, hierüber keinen Beschluß zu fassen, und es der Kommission leicht möglich sein werde, neue Anträge zu stellen, die zwischen den abgelehnten in der Mitte liegen, und welche die Zustimmung der Kammer finden können. Dieser Antrag wurde nach einigen übrigens nicht energischem Widerspruch mit großer Mehrheit angenommen, und wird der betreffende Bericht mit der Zusammenstellung der Beschlüsse wohl am Dienstag zur Beratung und Beschlusfassung kommen, womit dann auch die Endabstimmung über das ganze Gesez erfolgen kann. Man ist darauf um so mehr gespannt als verächtet wird, es sei eine Ausgleichung im Wert, um das Gesez doch noch auf befriedigende Weise zu Stande zu bringen. — Am Montag wird das Zollparlaments-Wahlgesetz beraten. — Zu Anfang der gestrigen Vormittags-Sitzung erklärte Minister v. Gessler das Gerücht für unbegründet, wornach der Oberamtmann von Hall aus formellen Bedenken die Feuerweh von Hall mehrere Stunden lang zurückgehalten habe, dem brennenden Städtchen Gaildorf zu Hilfe zu eilen.

München, 26. Jan. Der Wehrgesetz-Ausschuß des Reichsraths stellte den Antrag, in allen restirenden Dispositionspunkten der Abgeordnetenkammer beizustimmen. Der Kriegsminister will aus der vierjährigen Dienstzeit der Kavallerie für jetzt keine Prinzipienfrage machen. — Graf Tarjffirich hat eine Kandidatur zum Zollparlament abgelehnt.

Weimar, 21. Jan. (Fr. Z.) Das als Antrag von Fries und Genossen eingebrachte Landtags-Wahlgesetz basirt

auf direkte und geheime Wahlen. Die ehemalige Reichsritterschaft findet in dem Entwurf keinen Platz in der Landesvertretung mehr, überhaupt ist in dem Antrag von jeder Klassenvertretung und jeglichem Zensus keine Rede. — In den Vorlagen der Staatsregierung sind für die Gymnasien, Realschulen und Seminare sehr anerkennewerthe Verbesserungen in den Befolgungen der Lehrer beantragt.

Dresden, 25. Jan. Die Zweite Kammer beschloß in der gestrigen Abend-Sitzung, die Steuernovelle zu beraten, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die beantragten Bestimmungen nur provisorische seien und die Regierung dem nächsten Landtag eine Vorlage wegen vollständiger Reorganisation des direkten Besteuerungssystems mache. Sofort solle sie nach dem jetzigen Landtags-Schluss eine gemischte Kommission zu gutachtlichen Vorschlägen bilden. — Heute nahm die Kammer bei der Schlussabstimmung die Steuernovelle mit einigen Abänderungen, von denen die meisten die Zustimmung auch der Regierung erhalten hatten, einstimmig an.

Schwerin, 25. Jan. Die Nachricht des „Mosk. Tagbl.“, es sei eine Militärkonvention zwischen Mecklenburg und Preußen abgeschlossen, durch welche die Kosten für das Militär verringert worden und den hiesigen Offizieren das Avancement durch die ganze norddeutsche Armee erschlossen sei, ist nach dem „Meckl. Anz.“ unbegründet. Eine Militärkonvention ist sicherem Vernehmen nach nicht abgeschlossen, auch tritt für Mecklenburg keinerlei Verminderung der Bundesverfassungsmäßig festgestellten Zahlungen für das Bundesheer ein. Dagegen soll künftig eine Erleichterung des Uebertritts höherer Offiziere aus Mecklenburg nach Preußen, und umgekehrt, unter Einwilligung der Betheiligten, stattfinden, und ist ein solcher Wechsel zweier Stabsoffiziere schon in nächster Zeit zu erwarten.

Berlin, 24. Jan. (Abgeordnetenhause. Berathung des Etats des Kultusministeriums.) Zu Titel 28 (Gymnasien und Realschulen) befürwortete Abg. Kosch dringend die Anstellungsfähigkeit von Juden als Lehrer und Richter. Regierungskommissär Lehner erkannte die ministerielle Entscheidung betreffs der jüdischen Professoren in Königsberg an und erklärte, er werde die ausgesprochenen Wünsche dem Kultusminister mittheilen und für die definitive Regelung dieser Angelegenheit bemüht sein. Die Kommissionsanträge auf vollständige Erfüllung des Normalstats der Gymnasien für 1869 und Errichtung eines katholischen Gymnasiums im Regierungsbezirk Bromberg wurden genehmigt. Der Antrag des Abg. Schimidt, betreffend die Aufhebung der geheimen Konduitentlisten über die Elementarlehrer, wurde angenommen. Der Regierungskommissär verhielt hierauf, dem Antrag, soweit Konduitentlisten noch beständen, Folge zu geben.

Berlin, 25. Jan. Der Zusammentritt des Zollparlaments steht, wie mehreren Blättern berichtet wird, vor der zweiten Hälfte des März nicht zu erwarten und würden sich die Vorlagen auf den Vertrag mit Desterreich und die Abänderung der Tarife beschränken. — Die Sachverständigen, welche von Seiten des Norddeutschen Bundes zur Berathung über die Begründung von Hypothekendarlehen berufen werden sollen, werden, wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, in der Kürze zusammentreten.

Berlin, 26. Jan. (Köln. Ztg.) Das linke Zentrum soll ein Amendement wegen des hannoverschen Provinzialfonds vorbereiten, das, ähnlich wie das von den Konservativen eingebrachte, auf ein Aufschubquantum für dieses Jahr gerichtet wäre. — Für den Bonin'schen Antrag wegen der Stellvertretungskosten wird wahrscheinlich auch ein namhafter Theil der Konservativen stimmen.

Berlin, 26. Jan. Die „Indep. Veste“ spricht von besondern Verhandlungen, welche angeblich zwischen Preußen und Frankreich über die italienische Frage geführt würden. Wie uns versichert wird, sind solche Verhandlungen nicht im Gange. Die darüber umlaufenden Gerüchte beruhen auf Erfindungen. Preußen hat sich befanntlich von jeder Einmischung in die letzten italienischen Streitigkeiten möglichst fern gehalten. Seine Meinungsäußerungen, zu denen es in neuerer Zeit veranlaßt wurde, galten einer freundschaftlichen Verständigung zwischen den Regierungen von Rom und Florenz. Mit Frankreich haben nur Besprechungen über das von Paris aus angeregte Konferenzprojekt stattgefunden. Dies Projekt steht immer noch auf der diplomatischen Tagesordnung, wird jedoch nur ganz beiläufig behandelt und hat bis jetzt in keiner Weise an Aussicht gewonnen. — Wie verlautet, wird der Geh. Regierungsrath Wohlers aus dem Ministerium des Innern sich dieser Tage nach Wiesbaden begeben, um dort mit den Baugesellschaften von Wiesbaden, Ems und Homburg die Spielbank-Frage zum Abschluss zu bringen. Befanntlich hat Hr. Wohlers auch früher schon als Regierungskommissär mit diesen Gesellschaften verhandelt. Liefern die nunmehrigen Schlussverhandlungen nicht bald ein befriedigendes Ergebnis, so steht die Regelung der ganzen Frage im Wege der Gesetzgebung zu erwarten. Für solchen Fall sollen die bezüglichen Vorlagen noch in der jetzigen Landtags-Session eingebracht und zur legis-

